

ITALIEN

## Neapel im Formalin-Nebel

Sechs Jahre nach der Choleraepidemie, die vor allem durch die Verunreinigung des Meeres und der dort gesammelten Muscheln hervorgerufen worden war, ist Neapel wieder in allen Schlagzeilen: Seit Monaten sterben in einigen Krankenhäusern Säuglinge, fast durchweg im Alter unter einem Jahr, an einer bisher ungeklärten Erkrankung; selbst Experten, die aus verschiedenen Ländern mit Hilfe der WHO nach Neapel gebracht wurden, konnten bisher nicht mehr sagen, als daß es sich wahrscheinlich um eine Infektion durch ein seltenes Virus handelt, das eine mit einer Erkrankung der Atemwege beginnende und bis zu Koma und Tod führende Entwicklung einleitet. Die Todesfälle treten allerdings fast durchweg nur bei Kindern auf, die in den ärmsten und am meisten vernachlässigten Vierteln der Stadt aufwachsen. Seit etwa Oktober vergangenen Jahres sind in Neapel 66 solcher Todesfälle gezählt worden; nach zwei Todesfällen im Raum von Salerno fürchtet man jetzt allerdings, daß es sich um eine Virusepidemie handeln könnte, die doch nicht allein eine „soziale Ätiologie“ hat.

Die Wohn- und Lebensverhältnisse in den „bassi“, wie die in Frage kommenden Viertel genannt werden, sind allerdings besonders schlecht und kommen durch die Virusepidemie jetzt plötzlich ins allgemeine Bewußtsein ganz Italiens. Ein großer Teil der Bewohner sind Einwanderer aus weiter südlich gelegenen Provinzen; die Arbeitslosigkeit ist überaus hoch.

Die Stadtverwaltung, der nach über fünfundsiebzigjähriger erst neofaschistischer, dann christdemokratischer Familienherrschaft nunmehr ein Kommunist vorsteht, versucht, die Epidemie zum Anlaß zu nehmen, das in katastrophale

Zustände versunkene Stadtreinigungswesen wieder in Gang zu bringen. Zunächst einmal hat sie die Armee zur Hilfe gerufen, die nunmehr mit einer systematischen Desinfektionskampagne durch die Stadt zieht, beginnend mit den Ambulatorien der Krankenkassen.

Man will versuchen, die Straßen der Elendsviertel wenigstens einmal in Formalinlösung und andere Desinfektionsmittel zu tauchen. Nach der Wahl des kommunistischen Bürgermeisters vor zwei Jahren hatte es einen kurzzeitigen Aufschwung in der Stadtreinigung gegeben, der aber schnell wieder versandete; zwar ist die Zahl der Stellen für „netturbini“ (Straßenreiniger) erhöht worden, aber nach einer gewissen Periode der Begeisterung hat sich auch unter dem neuen Bürgermeister das alte Übel des Absentismus unter den städtischen Bediensteten wieder durchgesetzt, und man rechnet damit, daß im allgemeinen nicht mehr als zwei Drittel der Beschäftigten auch zur Arbeit erscheinen.

Jetzt aber ist die Stimmung günstig, etwas zu tun, und die Staatsanwaltschaft hat angefangen, mit offiziellen Untersuchungen und Strafanzeigen gegen den Absentismus vorzugehen, wobei man allerdings zunächst einmal bei den Verkehrspolizisten begann, bei denen die Situation kaum anders ist. Was für Schwierigkeiten es dabei gibt, zeigt die Tatsache, daß selbst bei den städtischen Polizisten Krankenbesucher der Krankenkasse, die deren Krankmeldungen überprüfen wollten, bei der angegebenen und in der Personaliste stehenden Adresse die Gesuchten gar nicht fanden – ein Phänomen, für das man bisher noch keine Erklärung gefunden hat.

Während das Militär nun mit ABC-Ausrüstung und Gasmasken durch Neapels Straßen zieht und Formalin versprüht, verschlechtert sich die hygienische Situation auf einem anderen Gebiet von neuem: Die Kläranlagen, die zum Teil nach

der Choleraepidemie überhaupt erst errichtet wurden, sind fast ausnahmslos zur Zeit außer Betrieb, weil deren Personal in den Streik getreten ist. Die meisten Abwässer, nicht nur aus der Stadt Neapel, sondern auch aus vielen Orten der umliegenden Provinz, fließen wieder ungeklärt ins Meer (zum Teil über die Straßen, weil die Abflußrohre verstopft sind), und der Golf von Neapel – so schrieb ein italienischer Journalist – ist schon nicht mehr blau, sondern schimmert in einem öligen Schwarz. CS

ÖSTERREICH

## Gesundheitsprogramm der Volkspartei

Die christdemokratisch-konservative „Österreichische Volkspartei“ hat als zwölftes ihrer verschiedenen „Alternativkonzepte“ auch ein gesundheitspolitisches Programm unter der Überschrift „Der Gesundheit besser dienen“ veröffentlicht. Mit dieser Programmserie will die Oppositionspartei sich für die nächsten Nationalratswahlen vorbereiten.

Hier einige Schwerpunkte aus dem Programm, und zwar solche, die in der Tat starke Abweichungen vom bisher geltenden, zum Teil ja aus den Zeiten der früheren schwarz-roten Koalition stammenden gegenwärtigen Gesundheitswesen fordern:

### Ärzte

So will die Österreichische Volkspartei das bisherige Vertragssystem zwischen den Ärzten und Krankenkassen, das nur eine begrenzte Zahl von „Kassenarztsitzen“ zuläßt, dadurch beseitigen, daß sie jedem ausgebildeten Arzt das Recht verschaffen will, einen Kassenvertrag abzuschließen. Für die regionale Verteilung der Ärzte soll durch gezielte Förderungsmaßnahmen gesorgt werden. Das Medizinstudium soll stärker auf das Ziel der allgemeinmedizinischen

schen Tätigkeit ausgerichtet werden; Fortbildung soll ärztliche Pflicht werden (ob gesetzlich, bleibt im Programm offen).

#### Sozialstationen

Die Volkspartei fordert überall im Land die Einrichtung „sozialmedizinischer Betreuungsdienste“: Einsatzstellen für Fachkräfte der ambulanten Kranken-, Alten- und Familienpflege mit mobilen Krankenschwestern, Hauskrankenpflege, Alten- und Familienpflege, Nachbarschaftshilfe und anderen sozialen Leistungen einschließlich psychosozialer Beratungsdienste.

Im Prinzip verbirgt sich hinter diesem Begriff das, was in der Bundesrepublik Deutschland als „Sozialstation“ ausprobiert wird.

#### Krankenhäuser

Unter den organisatorischen Reformen für das Krankenhauswesen, die die Volkspartei vorschlägt, findet sich die Forderung nach stärkerem Zusammenwirken des Krankenhauses mit den niedergelassenen Ärzten und nach der „Nutzung der hochtechnisierten Einrichtungen des Spitals für vorstationäre Diagnostik und nachstationäre Behandlung“. Man muß dabei berücksichtigen, daß seit jeher die österreichischen Krankenhäuser mit Ambulanzen an der ambulanten Versorgung beteiligt waren, ja sogar sein müssen, weil eine gewisse Gruppe von Medikamenten nur durch Chefärzte der Krankenhäuser verschrieben werden darf. Dieses „Chefarztrezept“ will die Volkspartei übrigens abschaffen. Im Krankenhauswesen wird weiter vorgeschlagen, daß auf Länderebene „Bedarfsprüfungskommissionen“ eingerichtet werden, die die Anschaffung teurer medizinischer Einrichtungen und Geräte koordinieren sollen. Bei der Krankenhausfinanzierung setzt sich die Volkspartei für den gespaltenen Pflegesatz ein, wobei die Vorhaltekosten von der öffentlichen Hand, die Benutzungskosten von den

Krankenkassen zu tragen sein sollen. Welche Ebene der öffentlichen Hand (Bund, Länder, Gemeinden) für die Vorhaltekosten zuständig sein soll, bleibt offen. Im übrigen wird ein gestaffelter Pflegesatz nach der Verweildauer vorgeschlagen.

#### Gesetzliche Krankenversicherung

Die Krankenversicherung soll von Fremdleistungen entrümpelt und auf die Leistungen konzentriert werden, die mit Krankheit oder Mutterschaft unmittelbar zusammenhängen. Dies bedeutet nach Auffassung der ÖVP auch eine Ausdehnung auf bisher nicht berücksichtigte Krankheitsleistungen, so bestimmte Leistungen bei chronischen Krankheiten, die Rehabilitation unabhängig von der Arbeitsfähigkeit und die Psychotherapie. Die Krankenkassen sollen Wahltarife einführen, die den Versicherten die Möglichkeit geben, für die kleinen Risiken einen günstigen Tarif mit Selbstbeteiligung zu wählen. In der Verwaltung der Krankenversicherung will die Volkspartei die bisher bestehende Gewerkschaftsherrschaft dadurch einschränken, daß sie die bisher nicht vorhandene Direktwahl der Versichertenvertreter in die Selbstverwaltungsorgane durch die Versicherten einführen will.

#### Bundesinstitute

Auf Bundesebene schlägt die ÖVP die Schaffung zweier neuer Institutionen vor: Ein „Österreichisches Gesundheitsforum“, bestehend aus dem Finanz- und dem Sozialministerium, den Ländern, der Österreichischen Ärztekammer und dem Hauptverband der Sozialversicherungsträger, soll die Gesundheitssystemforschung in Österreich in Gang bringen und wissenschaftlich fundierte Grundlagen für gesundheitspolitische Entscheidungen herbeischaffen.

Ein „Bundesinstitut für Gesundheit“ soll vor allem alle Fragen behandeln, die mit Kosten und Personalbedarf zusammenhängen.

#### Früherkennungs-Datenbank

Auf dem Gebiet der Krankheitsfrüherkennung verlangt die ÖVP eine „Entbürokratisierung“ der „Gesundenuntersuchungen“. Diese Untersuchungen, die jeder krankenversicherte Österreicher vom 19. Lebensjahr an einmal im Jahr wahrnehmen kann, werden bisher sehr wenig genutzt, weil es überaus umständlich ist, an den Berechtigungsschein heranzukommen. Daneben macht die ÖVP einen überaus bedenklichen Vorschlag: Sie beklagt es, daß die ärztlichen Kontrollen im Rahmen des Mutter-Kind-Passes bei Schuluntersuchungen, bei Musterungs- und bei Betriebsuntersuchungen und schließlich auch bei den Gesundenuntersuchungen „voneinander isoliert und unkoordiniert“ seien. Dadurch müßten viele Untersuchungen mehrfach ausgeführt werden. Deshalb schlägt die ÖVP ein „Geschlossenes Untersuchungsmodell“ vor, das dann auch eine Datenverbindung ermöglichen würde. Daß damit unversehens eine zentrale Gesundheitsdatenbank aller Bürger entstehen würde, haben die Programmierer der ÖVP wohl nicht bemerkt.

#### Familienpolitik

Weitere Kapitel des Programms befassen sich mit Freizeit und Sport, mit humaner Arbeitswelt, mit einer Dezentralisierung und Sektorisierung der psychiatrischen Versorgung, mit dem Umweltschutz. Bemerkenswert ist im letzten Kapitel „Aktive Lebensbewältigung“ die Forderung, daß familienpolitische Maßnahmen dafür sorgen sollten, daß Mütter mindestens drei Jahre die Berufstätigkeit zur Kinderpflege unterbrechen können. Diese Zeiten sollten auch bei der Rentenfestsetzung als „Ersatzzeiten“ gezählt werden.

Auf der anderen Seite empfiehlt die ÖVP die Milderung des „Pensionsschocks“ durch eine gleitende Regelung des Überganges in das Rentenalter. bt